



## **Stellungnahme der Piratenpartei Schweiz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (URG) (Vernehmlassung 2022/52)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider.

Sehr geehrte Damen und Herren.

Bezugnehmend auf Ihre Vernehmlassungseröffnung vom 24.05.2023 nehmen wir gerne Stellung und würden es zukünftig sehr begrüßen, wenn wir als politische Partei in ihre Adressatenliste aufgenommen werden.

Im Weiteren finden wir Piraten es sehr bedenklich, dass Sie für die Stellungnahme auf eine proprietäre Software verweisen (Word der Firma Microsoft), wo es doch heute zahlreiche offene und freie Dateiformate gibt. Wir entsprechen ihrem Wunsch mit einer docx-Datei, welche auch in neueren Word Versionen geöffnet werden kann.

Die Piratenpartei Schweiz setzt sich seit Jahren für eine humanistische, liberale und progressive Gesellschaft ein. Dazu gehören die Privatsphäre der Bürger, die Transparenz des Staatswesens, inklusive dem Abbau der Bürokratie, Open Government Data, den Diskurs zwischen Bürgern und Behörden, aber auch die Abwicklung alltäglicher Geschäfte im Rahmen eines E-Governments. Jede neue digitale Schnittstelle und Applikation bedingt aber eine umfassende Risikoanalyse und Folgeabschätzung.

### **Stellungnahme zur Schaffung einer Linksteuer/einem Leistungsschutzrecht**

Dies ist die kürzeste Vernehmlassungsantwort, die wir je geschrieben haben. Ein Leistungsschutzrecht hat in einigen Ländern schon nicht funktioniert und wird sicher auch in der Schweiz nicht funktionieren. Mit einer kurzen Internet-Suche finden Sie sofort die entsprechenden Bruchlandungen.

Dann verstehen Sie auch, was die Experten des Abschlussberichts "Einführung eines rechtlichen Schutzes für journalistische Inhalte im Internet - Regulierungsfolgenabschätzung im Auftrag des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE)" [1] mit



"Ob die Auswirkungen dabei positiv oder negativ beeinflusst werden, hängt massgeblich von den Reaktionen der Online-Plattformen ab, wobei die durchgeführte Analyse eine Reaktion und tendenziell eine Verschlechterung der Situation erwartet." (Seite. 78 unten)

sehr diplomatisch formuliert haben.

Ansonsten können Sie sich auch gerne noch die Zusammenfassung des Schlussberichts zu Gemüte führen. Wer nach Lektüre dieser drei Seiten (S. 3-5) noch ernsthaft an einer Einführung einer Linksteuer festhält, dem ist nicht mehr zu helfen.

In diesem Sinne: Wir fordern eine Ablehnung der gesamten Vorlage und Entlassung der dafür verantwortlichen Personen.

### Schlussbemerkungen

Wir beschränken uns in dieser Stellungnahme auf unsere Kernanliegen. Bei Verzicht unsererseits auf umfassende allgemeine Anmerkungen oder auf Anmerkungen zu einzelnen Regelungen, ist damit keine Zustimmung durch die Piraten zu solchen Regelungen verbunden.

Kontakt details für Rückfragen finden Sie in der Begleit-E-Mail.

Quellen:

[1]

[https://www.ige.ch/fileadmin/user\\_upload/recht/national/d/vernehmlassungsverfahren/RFA\\_Schutz\\_journalistischer\\_Inhalte\\_Schlussbericht.pdf](https://www.ige.ch/fileadmin/user_upload/recht/national/d/vernehmlassungsverfahren/RFA_Schutz_journalistischer_Inhalte_Schlussbericht.pdf)

-----

Piratenpartei Schweiz, Arbeitsgruppe Vernehmlassungen, 05. September 2023

